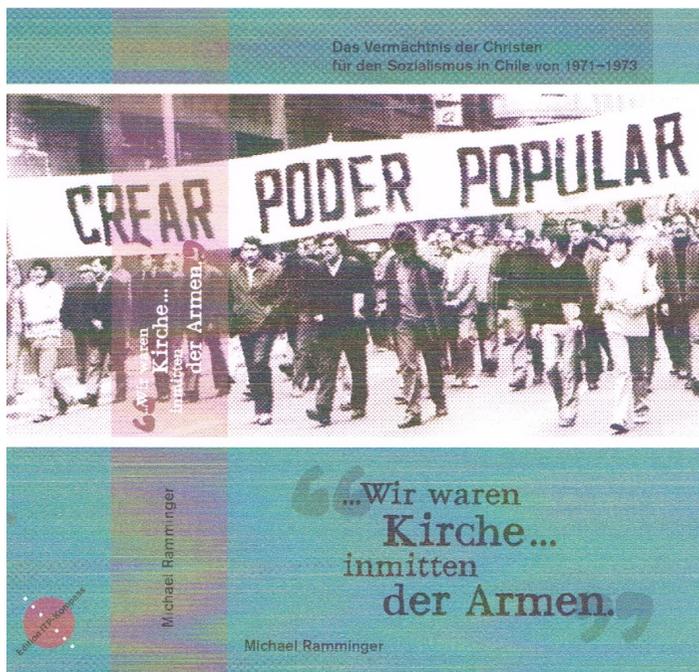


CfS - Die Ursprünge in Chile

Am 11. September 2019 wird im Institut für Theologie und Politik in Münster, Friedrich-Ebert-Str. 7 das Buch von Michal Ramminger, „Wir waren Kirche...inmitten der Armen“ vorgestellt. Es gibt ja nicht nur den Termin „nine-eleven 2001“, den man als Ausgangspunkt der kriegerischen Auseinandersetzungen heute sehen kann, sondern auch das Datum 11. September 1973, an dem durch einen blutigen durch den CIA gestützten Militärputsch in Chile die Hoffnungen der Armen in Chile zerstört wurden.



Im Klappentext heißt es: „Diese Arbeit über die Bewegung der „Christen für den Sozialismus“ in Chile zwischen 1971 und 1973 versucht einer Spur zu folgen, die am Beginn der lateinamerikanischen Befreiungstheologie stand und mit dem Putsch gegen die sozialistische Regierung Salvador Allendes schon wieder zu Ende war. Junge Ordensleute und Priester vor allem lebten in den Armenvierteln und teilten das Leben der Menschen und ihre Kämpfe. Sie begaben sich auch in deren politische Organisationen ... Sie diskutierten Marx, die Bedeutung der Arbeiterklasse, die Rolle der Religion und Kirche. ...Michael Ramminger hat ihre Geschichte anhand von Interviews und Originaldokumenten rekonstruiert und damit einen wichtigen Teil der Anfangsgeschichte dieses befreienden Christentums zugänglich gemacht.“

CfS leitet seinen Namen von dieser Bewegung in Chile her. Das Buch von Michael Ramminger, „...Wir waren Kirche...inmitten der Armen...“, ISBN 978-3-981-9845-2-1 ist als Band 29 in der Reihe itp. Kompass erschienen, erhältlich über das Institut für Theologie und Politik (itp) Friedrich-Ebert-Str. 7, 48153 Münster.

CfS—Circular 3 2019

ChristInnen für den Sozialismus

Digitalisierung und Macht

Inhalt:

Digitalisierung und Macht	S. 1
Wohlstandsmodell und Rechte	S. 4
Padre Gerardo	S. 8
Ökosozialismus	S. 10
Atomwaffenverbot	S. 13
Konkrete Utopie	S. 14

CfS

Büro:

Hartmut Futterlieb
Zur Linde 9
36251 Bad Hersfeld
Tel.: 06621-74905
E-Mail: Hartmut.Futterlieb@t-online.de

Konto CfS:

IBAN:
DE05 5009 0500 0301 5629 41
BIC:
GENODEF1S12

Verein zur Förderung und Erforschung der lateinamerikanischen Theologie

Konto: DE89 2001 0020 0094
9782 03
BIC: PBNKDEFF

www.chrisoz.de

In dem 1991 erschienenen Science-Fiction-Roman „Er, Sie und Es“ von Marge Piercy beschreibt die Autorin ein fiktives „worse-case-scenario, das den Hintergrund zur Romanhandlung bildet: Ein terroristischer Atombombenschlag hat den gesamten Nahen Osten weitgehend vernichtet. Es ist zu einer neuen „Weltordnung“ gekommen. Die Erde, bzw. was durch die Klimakatastrophe davon übrig geblieben ist, ist unter dreiundzwanzig Weltkonzernen aufgeteilt. Diese leben mit ihrer einigermaßen wohlhabenden Bevölkerung unter riesigen, die Menschen vor den gefährlichen Umweltgiften schützenden Kuppeln. Dort wird das Leben eines jeden Einzelnen rund um die Uhr überwacht. Zugleich wird jede und jeder Einzelne durch die Unterhaltungsmöglichkeiten der sozialen Medien ständig bei Laune gehalten, die für die Konzerne zu einer gesteigerten gewinnbringenden Produktivität führt.

Außerhalb der Kuppel sind die Menschen, die noch überleben, sich selbst überlassen. Es herrschen anarchische Strukturen, brutale Herrschaft, Gewalt und Unterdrückung. Es gibt aber auch kleine solidarische Gruppen, die Widerstand leisten.

So wie die „klassischen Science-Fiction-Romane „1984“ mit seinem Hintergrund des „Kalten Kriegs“ und „Schöne Neue Welt“ mit seinem Hintergrund der „unbegrenzten Möglichkeiten“ des technischen, naturwissenschaftlich geprägten Fortschritts jeweils ihre Zeit spiegeln, so ist der sehr lesenswerte Roman „Er, Sie und Es“ in unser „digitales Zeitalter“ eingebettet. Es mag Zufall sein, dass er 1991 erschienen ist.

In diesem Roman wird allenfalls in den Welten außerhalb der Konzerne um demokratische Strukturen gekämpft, dort, wo Menschen für die Produktionsprozesse nicht mehr wichtig sind. In den abgeschotteten Welten der Konzerne ist Demokratie allenfalls ein leerer Begriff. Die Produktion und Verteilung von Waren wird automatisch gesteuert, den Menschen wird allerdings der Eindruck vermittelt, sie lebten in großer Freiheit, weil die Waren sich selbst anpreisen und die Gefühlswelt der Käufer besetzen.

Beschreibt die Schriftstellerin etwas, was heute schon beginnt? In dem Roman führt die Vernetzung durch Informationstechnologien dazu, dass alle im Bereich der Konzerne lebenden Menschen vernetzt sind und auf diese Weise kontrolliert und zugleich über eine groß angelegte und faszinierende Vergnügungsindustrie ruhig gehalten werden. In China wird diese Art der Vernetzung wohl schon erprobt. Alyssa Damm schreibt in der Frankfurter Rundschau vom 10 Oktober 2019, S. 10, dazu: „Das Land der aufgehenden Sonne führt nach einer Testphase in mehreren Städten im kommenden Jahr landesweit das sogenannte Sozialkreditsystem ein. Dieses Punktesystem belohnt oder bestraft die Bürger für ihr Verhalten. Die Basis dafür sind Daten. Viele Daten. Für die Punktevergabe nutzt der Staat Kameraüberwachung, Kreditbewertungen, Strafreister, Zeugnisse, Meldedaten und natürlich Angaben aus dem Internet. Dadurch geraten weder Kommentare in den sozialen Medien noch Suchbegriffe in Suchmaschinen je in Vergessenheit. Ein hoher Punktestand ermöglicht beispielsweise einen leichten Zugang zu Krediten, kürzere Wartezeiten in Krankenhäusern oder Steuererleichterungen. Sinken die eigenen Punkte unter einen bestimmten Wert, ist man für Berufe im öffentlichen Dienst gesperrt. Außerdem kann man die Kinder nicht auf private Schulen schicken und weder Flug- noch Zugreisen buchen. ...Ein Großteil der chinesischen Bevölkerung hält die Einführung des Sozialpunktesystems

Von diesen Ausgangspunkten entwickelt das Team verschiedene Szenarios, die z.B. negative Entwicklungen berücksichtigen, aber auch ein positives Szenario für eine nachhaltige zivile Sicherheitspolitik. Grundlegendes Leitbild ist dabei folgendes: „Die (reformierte) UNO ist die zentrale Instanz, die das friedliche Zusammenleben der Völker und Nationalstaaten regelt. Sie ist organisatorisch ein Dachverband kontinentaler Organisationen (OSZE, OAS, AU, ASEAN etc.), mit jeweils eigenen Sicherheitsräten und Polizeikräften. Auf der ganzen Welt werden Konflikte wesentlich über gewaltfreie Mechanismen ...bearbeitet...“

Das positive Szenario für Deutschland sieht bis zum Jahr 2040 fünf Schritte vor:

1. Die Entwicklung von gerechten Außenbeziehungen (z.B. Mitarbeit an einem UN-Entwicklungsplan für Afrika und den Nahen Osten)
2. Nachhaltige Entwicklung der EU-Anrainerstaaten (Dies geschieht unter Einbeziehung der Klimaziele und unter Einbindung Russlands)
3. Teilhabe an der Internationalen Sicherheitsarchitektur. (Dazu muss die UNO als Dach für diese Struktur ausgebaut werden. Die Militärverbände werden nicht aufgelöst, sondern in den Dienst dieser Architektur gestellt.)
4. Entwicklung einer widerstandsfähigen Demokratie. (d.h. Partizipation, Stärkung der Zivilgesellschaft)
5. Konversion der Bundeswehr und Rüstungsindustrie (Die Rüstungsindustrie wird schrittweise umgebaut, die Bundeswehr wird in Richtung eines Technischen Hilfswerks verändert.)

„Wir können nicht davon ausgehen, dass die NATO 2040 aufgelöst ist“, so Ralf Becker, der das Projekt mit anderen zusammen leitet, „aber Deutschland könnte innerhalb der NATO mit seinen Ressourcen die zivilen gewaltfreien sicherheitspolitischen Maßnahmen übernehmen. Das wäre ein Beispiel, wie erfolgreiche präventive, friedensorientierte Konfliktbearbeitungen entwickelt werden. Die Ressourcen, die im Haushalt für das Militär vorgesehen sind, können jetzt sinnvoll eingesetzt werden.“

Eine wichtige Utopie, die die Lähmung der Alternativlosigkeit auflöst.

(Weitere Informationen: Ralf Becker u.a., Sicherheit neu denken. Von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik—Ein Szenario bis zum Jahr 2040, ISBN: 978-3-8079-9992-0; und unter www.ekib.de: Sicherheit neu denken.)

Zivile Sicherheitspolitik—eine konkrete Utopie

In der evangelischen badischen Landeskirche hat es eine Friedensdiskussion gegeben, die in den Gemeinden und Synoden breit und intensiv geführt wurde. Sie wurde durch eine von der Landeskirche herausgegebene Friedenserklärung abgeschlossen, die große Beachtung erfuhr, weil sie weitgehende Rüstungsbeschränkungen einfordert und entsprechende Schritte zur Durchsetzung einer Politik anbietet, die zum Frieden führt.

Als Konkretion hat die Landeskirche ein Projekt „Sicherheit neu denken“ eingerichtet. Das Projekt kann als Thinktank für friedenspolitisches Handeln verstanden werden, in dem Szenarios entwickelt werden, die einerseits die realen Entwicklungen berücksichtigen, andererseits ein Denken „über den Tellerrand“, eben ein neues Denken vorantreiben. Es geht also um eine reale Utopie.

Leitspruch ist das Wort von Martin Luther King: *„Wir müssen aus der Unentschlossenheit heraus zum Handeln kommen. Wir müssen neue Mittel und Wege finden, um für den Frieden ... und für die Gerechtigkeit überall in der sich entwickelnden Welt einzutreten, in einer Welt, die vor unserer Haustür beginnt. Wenn wir jetzt nicht handeln, so wird man uns in jene dunklen und schrecklichen Verließe der Zeit werfen, die für jene bestimmt sind, die Größe ohne Mitleid, Macht ohne moralische Verantwortung und Stärke ohne Weitsicht handhaben. Lasst uns jetzt anfangen.“* (M.L. King, Testament der Hoffnung 1981, S. 92).

Zu den realen Ausgangspunkten der Szenarios, die in diesem Projekt entwickelt werden, gehört auf der einen Seite die Beobachtung, dass die tatsächliche Militarisierung auch in Europa weiter fortschreitet, was sich z.B. in der Forderung nach einem größeren Haushaltsanteil für Rüstungsausgaben ausdrückt. Auf der anderen Seite zeigen Studien, die die Erfolge der letzten internationalen Militäreinsätze (Afghanistan, Irak, Syrien, Libyen) untersuchen, dass nicht einmal die militärischen Ziele erreicht wurden, geschweige denn die politischen. Wie können also von sinnlosen Kriegen sprechen, die nichts anderes hervorgebracht haben als chaotische Gewaltverhältnisse, Tausende von Toten unter den Zivilisten, funktionsunfähige Staaten und Millionen von Flüchtlingen.

Deutschland hat den Vorteil, dass es hier Einrichtungen, Gruppen und Einsatzkräfte gibt, die für zivile Konfliktbewältigung ausgebildet sind. Solche Initiativen wurden erstmals vom Entwicklungshilfeministerium eingerichtet, als Heidi Wiecek-Zeul Ministerin war. Es gibt inzwischen auch Friedensdienste, die vom Außenministerium gefördert werden.

für einen Vorteil. Sie ist der Meinung, dass gutes Benehmen nun endlich belohnt wird.“

Sicherlich ist das dem beispiellosen Aufstieg der Wirtschaftsmacht China zu verdanken, von dem ein großer Teil der Bevölkerung profitiert. Aber die Macht über diese Art der Überwachung liegt ausschließlich beim Staat, der keiner demokratischen Kontrolle unterliegt. Nachdem die sozialistische Utopie verloren gegangen ist, orientiert sich das offizielle China wieder an der staatstragenden und religiös sekundierten Philosophie des Kung Fu Tse. Dazu entwickelt sich zunehmend ein Nationalismus, der die Legitimation bietet, Minderheiten zu unterdrücken. Die Digitalisierung ist dabei eine hilfreiche Technik.

So setzen sich autoritäre Systeme durch. Dass dies möglich ist, hängt mit der Konzentration von Macht zusammen. In China ist es die Macht der Kommunistischen Partei, die sich einen „sozialistischen Weg des Kapitalismus“ auf die Fahnen geschrieben hat. In den westlichen Ländern ist es der Macht der Besitzer von Kapital sowie die Eigentumsordnung, die die Herrschaftsgewalt bündelt und demokratische Anstrengungen ins Leere laufen lässt. Die Macht der Konzerne ist demokratisch kaum kontrolliert. Sie agieren international, während Arbeitsminister und Gewerkschaften an die jeweiligen Rahmenbedingungen ihrer Länder gebunden sind. Es sind die großen IT-Unternehmen, die versuchen ihre eigenen Gesetze (und neuerdings auch Währungen) zu etablieren, wie man z.B. an „Amazon“ und „Facebook“ sehen kann. Sie beherrschen Märkte und schaffen immer wieder neue. Die Fiktionen des Romans „Er, Sie und Es“ sind gar nicht so utopisch, wie es zunächst scheint. Dazu kommt: Zwar haben die Weltkriege den Nationalismus in Misskredit gebracht. Aber der Schoß ist fruchtbar noch, wie wir an den Erfolgen der AfD sehen.

In manchen Ländern wird die Macht der Herrschenden religiös unterfüttert, wie z.B. in Brasilien, Indien, der Türkei oder in Myanmar. Wenn religiöser und nationaler Fanatismus sich verbinden, ist der Boden bereitet für Krieg und Unmenschlichkeit.

Die autoritäre Stabilisierung des Wohlstandsmodells Imperiale Lebensweise, Flucht und Aufstieg der Rechten

Dieser Artikel von Markus Wissen und Ulrich Brand ist entnommen aus der Zeitschrift „Amos“ Nr. 1, 2017, S. 7. Er wurde leicht gekürzt. Ausführlicher werden die Vorstellungen der beiden Autoren in dem Buch von Ulrich Brand und Markus Wissen, „Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus“ dargestellt, erschienen im oekom-Verlag, München 2017.

Trump ist kein Einzelfall, sondern Exponent eines autoritären Populismus, wie er in Europa von Marie Le Pen, Geert Wilders, Viktor Orbán ... vertreten wird. Die meisten dieser Leute sind Teil der politischen und gesellschaftlichen Elite ihres jeweiligen Landes. Nichtsdestotrotz verdanken sie ihren Bedeutungsgewinn der Mobilisierung der Mittel- und Unterschichten, und zwar in einer Situation der zunehmenden sozialen Polarisierung. Aus reaktionärer Politisierung schlagen sie in einem doppelten Sinn Kapital: zum einen materiell - die Vermögen, die Trump und seine ministerialen Mitarbeiter angehäuft haben, dürften auch einer Jahrzehnte währenden Politik der Umverteilung von unten nach oben geschuldet sein; zum anderen politisch - die seit Jahrzehnten von einem mehr oder weniger formalisierten Bündnis aus Demokraten und Republikanern, Sozial- und Christdemokraten, Sozialisten und Konservativen betriebene und als alternativlos verkaufte neoliberale Politik hat nicht nur die politischen und sozialen Interessen vieler Menschen missachtet, sondern auch ihren Glauben an die Möglichkeit von Politik, verstanden als das Ringen um gesellschaftliche Alternativen, nachhaltig erschüttert.

Die Rechte als anti-elitäre Elite

In dieser Situation inszeniert sich die Rechte als eine Elite, die der Stimme „des Volkes“ unmittelbar Ausdruck verleiht und ihr gegen die „politische Klasse“ Gehör verschafft. Obwohl selbst Teil einer *sozialen* Klasse, die sich schamlos auf Kosten der Allgemeinheit bereichert, versteht sie es, sich von den *politischen* RepräsentantInnen dieser Klasse zu distanzieren. Sie macht sich dabei vor allem der Krise der Sozialdemokratie und des Linksliberalismus zunutze. Angefangen bei den US-Demokraten über die französischen Sozialisten bis hin zur deutschen SPD haben die ehemaligen FürsprecherInnen der „kleinen Leute“ diese ihre Klientel gründlich verprellt. Jahrelang haben sie ihr zu vermitteln versucht, dass die Konkurrenz aller gegen alle und der

10. Eine ökosozialistische Ökonomie wird sich auszeichnen durch eine starke Konzentration auf den lokalen und regionalen Bezug, durch eine starke Einschränkung des Fernhandels, durch eine höhere Arbeitsintensität (die heutige hohe Arbeitsproduktivität ist zum Großteil die Kehrseite einer hohen Energieintensität), durch ein geringeres Maß an Arbeitsteilung und ein hohes Maß an Selbstversorgung.
11. Vor dem Hintergrund dieser Zukunftsperspektive käme es nun darauf an, a) konkrete Exitstrategien zu entwickeln, das heißt zu sehen, welche politischen Schritte eine solidarische industrielle Abrüstung einleiten könnten, bzw. b) „linke“ Politikvorschläge (zum Beispiel ein „bedingungsloses Grundeinkommen“ etc.) daraufhin zu befragen, ob sie damit kompatibel sind.

(Die Initiative Ökosozialismus ist zu erreichen über www.oekosozialismus.net.)

Papst fordert weltweites Verbot von Atomwaffen

Ein weltweites Verbot von Atomwaffen: Das fordert Papst Franziskus. Er spricht in einer Botschaft an eine UNO-Konferenz von einem „humanitären Imperativ“. Der Text wurde im April 2017 im Vatikan veröffentlicht. Es könne keinen Frieden geben, solange Staaten sich „gegenseitige Zerstörung oder gar totale Auslöschung“ androhten.

Franziskus ruft alle Länder - auch jene, die gar keine Atomwaffen besitzen - dazu auf, sich an einen Tisch zu setzen und miteinander Lösungen zu finden. Die UNO-Konferenz, die sich mit einer weitestmöglichen Ächtung von Atomwaffen beschäftigt, fand im April 2017 in New York statt. Allerdings fehlten nahezu alle Nato-Mitgliedstaaten sowie Russland. Auch Deutschland war, anders als Österreich, nicht bei der Konferenz vertreten. Franziskus hofft trotz des Fehlens vieler wichtiger Staaten, dass das Treffen einen „wichtigen Schritt auf dem Weg zu einer Welt ohne Atomwaffen“ bedeuten möge. ...Seit Johannes XXIII. gehören die Päpste zu den wichtigsten Befürwortern eines weltweiten Atomwaffenverbots.

(Nach Radio Vatican, übermittelt von Reinhold Fertig)

Alternative, diesen Schrumpfungsprozess über uns hereinbrechen zu lassen oder ihn bewusst politisch zu gestalten. *Die Wirtschaft wird schrumpfen* müssen, bis sie einen *Zustand des stabilen Gleichgewichts* erreicht hat („steady state“).

7. Ein solcher Schrumpfungsprozess ist aber nicht mehr im Rahmen kapitalistischer Verhältnisse zu bewerkstelligen. Schulökonomisch kommt er ja einer tiefen Depression gleich, das heißt: Es wird Kapital in großem Stil vernichtet, ganze Industriebranchen stehen vor dem Untergang, und sinkende Profitraten werden private Investitionen verhindern. *Eine schrumpfende Wirtschaft steht im Widerspruch zum Wachstumsimperativ des Kapitalismus selbst*. Das heißt, der notwendige industrielle Abrüstungsprozess kann nur noch jenseits des Kapitalismus - und vermutlich auch gegen seinen Widerstand - organisiert werden.
8. Unter den Bedingungen knapper Ressourcen greifen marktwirtschaftliche Mechanismen nicht mehr. Marktwirtschaft funktioniert - wenn überhaupt - nur unter der Voraussetzung, dass alle Marktteilnehmer flexibel auf die Signale des Marktes reagieren können. Knappe Ressourcen bedeuten aber, dass wir es in diesem Bereich mit „Verkäufermärkten“ zu tun haben. Es besteht dann die Gefahr schwerwiegender „Fehlallokationen“, das heißt: Knappe Ressourcen fließen nicht dahin, wo wir sie als Gesellschaft als lebenswichtig und wünschenswert empfinden, sondern da hin, wo genügend Kaufkraft vorhanden ist. Unter Knappheitsbedingungen kann der Markt auch kein Minimum an sozialer Gerechtigkeit mehr garantieren. Das heißt: Anstelle der Marktmechanismen brauchen wir eine *bewusste Planung*, Mengenregulierungen, Quotenabgaben, Preiskontrollen etc.
9. In einer ersten Phase - der Schrumpfungsphase - wird der Staat als starker Akteur unvermeidlich sein. Das ist natürlich keine Idealvorstellung. Planung sollte möglichst dezentral, mit einem Maximum an Partizipation der Betroffenen und mit einem hohen Maß an Autarkie lokaler Gemeinschaften erfolgen. Nicht zuletzt deshalb sind „bottom-up“-Ansätze im Sinne der „Solidarischen Ökonomie“ zentral.

Abbau sozialer und politischer Rechte der normale Gang der Dinge seien, zu dem es folglich keine Alternative gibt.

Die Rechte setzt an dieser (nicht zuletzt) sozialdemokratisch normalisierten Alternativlosigkeit an. Sie politisiert die soziale Missachtung und die politische Schließung liberaldemokratischer Institutionen, indem sie die liberale Demokratie selbst zu demontieren versucht. Dies tut sie auf eine reaktionäre Weise: Sie stellt die gesellschaftlichen Verhältnisse, die der Krise zugrunde liegen, gerade nicht in Frage, sondern versucht, sie exklusiv zu stabilisieren. Dabei knüpft sie an rassistische Dispositionen an, wie sie im Alltagsverstand vieler Menschen fest verankert sind, und verbindet diese mit den Erfahrungen sozialer Missachtung zu einer politisch wirksamen Erzählung: Es sind die Geflüchteten, die unser Wohlstandsmodell bedrohen. Und es ist eine korrupte Politik, die die Geflüchteten unterstützt, während sie dem sozialen Abstieg der einheimischen Mittel- und Unterschichten tatenlos zuschaut oder ihn gar aktiv betreibt.

Dass die Rechte die „politische Klasse“ und die Geflüchteten häufig im selben Atemzug nennt und als die Feindbilder identifiziert, auf die sie den Volkzorn zu lenken versucht, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass es sich bei der rechten Erzählung und der aus ihr resultierenden Politik letztlich um eine radikalisierte Variante dessen handelt, was auch von den „bürgerlichen“ und sozialdemokratischen Kräften betrieben wird (siehe etwa das Flüchtlingsabkommen zwischen der EU und der Türkei). Beiden gesellschaftlichen Kräften, der rechten und der bürgerlich-sozialdemokratischen - geht es im Kern darum, die Krisen, deren Häufung wir in jüngerer Zeit erleben, auf eine ausgrenzende Art und Weise zu bearbeiten. Vor allem soll das vorherrschende Wohlstandsmodell gegen die Teilhabeansprüche derjenigen verteidigt werden, die bislang vor allem seine Kosten zu tragen hatten.

Die imperiale Lebensweise

Wir bezeichnen dieses Modell als imperiale Lebensweise. Damit meinen wir die im globalen Norden und in Teilen des globalen Südens vorherrschenden Formen des Produzierens und Konsumierens, und zwar insofern diese auf nicht verallgemeinerbaren Voraussetzungen beruhen. Die imperiale Lebensweise setzt einen überproportionalen Zugriff auf Arbeitskraft und Natur in einem globalen Maßstab voraus, der durch Handelsabkommen, politischen Druck, oder auch militärische Gewalt abgesichert wird. In vielen Teilerder Welt verschärft sie

Krisenphänomene wie den Klimawandel, die Vernichtung von Ökosystemen, die soziale Polarisierung, die Verarmung vieler Menschen oder die Zerstörung lokaler Ökonomien. Mehr noch: Sie bringt diese Krisenphänomene wesentlich mit hervor. Gleichzeitig trägt sie dort, wo sich ihr Nutzen konzentriert, zur Stabilisierung der menschlichen Verhältnisse bei. So wäre es ohne die auf Kosten von Menschen und Natur andernorts hergestellten und eben deshalb billigen Lebensmittel womöglich weitaus schwieriger gewesen, die Reproduktion der unteren Gesellschaftsschichten des globalen Nordens auch angesichts der tiefen Wirtschaftskrise seit 2007 zu gewährleisten.

Allerdings ist die imperiale Lebensweise auch im globalen Norden keineswegs sozial neutral. Die Höhe des Ressourcenverbrauchs und die Emissionsintensität sind vielmehr eine Frage der Klassenzugehörigkeit und des Einkommens. Wohlhabende WählerInnen der Grünen fliegen häufiger als die EmpfängerInnen von Mindestlohn. Sie fahren energieeffiziente Autos, die aber aufgrund ihrer schieren Größe mehr Schadstoffe emittieren als der gebrauchte Kleinwagen einer Aldi-KassiererIn. Dazu kommt, dass soziale Ungleichheit nicht nur für sich genommen ein Übel darstellt, sondern auch den ökologischen Fußabdruck einer Gesellschaft vergrößert. In ungleichen Gesellschaften ist die Statuskonkurrenz besonders ausgeprägt. Ausgetragen wird sie über den Konsum von Gütern primär um ihrer Symbolik willen: Das alte Smartphone wird entsorgt oder in der Vitrine geparkt, sobald das Nachfolgemodell auf dem Markt ist, obwohl dieses gegenüber seinem Vorgänger kaum einen Zusatznutzen aufweist. Ähnlich verhält es sich mit der Mode. In puncto Gebrauchswert halten die meisten Kleidungsstücke jahrelang. Symbolisch sind sie jedoch veraltet, sobald eine neue Kollektion die Schaufenster ziert. Sich jeweils mit letzterer einzukleiden, steigert das Prestige, hält Emporkömmlinge auf Distanz - und ist ebenso ressourcenintensiv, wie es auf der Ausbeutung von Näherinnen in Bangladesch beruht.

Wenn wir von der imperialen Lebensweise sprechen, meinen wir daher nicht, dass alle Menschen gleich leben, sondern dass sie sich an geteilten Vorstellungen von gutem Leben und gesellschaftlicher Entwicklung orientieren. Die hierarchisierenden Anteile der Lebensweise stehen in permanenter Spannung zu den integrierenden Aspekten: Die imperiale Lebensweise basiert auf sozialer Ungleichheit und reproduziert diese. Gleichzeitig ermöglicht sie es, soziale Ungleichheit zu be-

zientztechnologien. Das ist eine der gefährlichsten Illusionen eines „Ökokapitalismus“. Effizienzpotenziale sind begrenzt und unterliegen dem Gesetz des abnehmenden Grenznutzens. Das Potenzial erneuerbarer Energien ist ebenfalls nicht unerschöpflich. Die Energiedichte, die mit den - gerade wegbrechenden - fossilen Energiequellen gegeben war, kann nicht annähernd erreicht werden. Das heißt, uns wird bei allem notwendigen Einsatz „grüner Technik“ unterm Strich *erheblich weniger Nettoenergie* zur Verfügung stehen als heute.

4. Nicht nur der globale Kapitalismus, der ja auf stetig wachsende Kapitalakkumulation auf immer höherer Stufenleiter und auf eine weltweit funktionierende stark ausdifferenzierte Arbeitsteilung angewiesen ist - sondern auch die Industriegesellschaft insgesamt steht zur Disposition! Die Industriegesellschaft war menscheitsgeschichtlich betrachtet eine nicht verallgemeinerbare Singularität, eine Ausnahmesituation einer kurzen Zeitspanne und immer nur für den kleineren Teil der Menschheit, die nur auf der Grundlage der massiven Ausbeutung fossiler Energieträger - erst Kohle, denn Erdöl - möglich war. Künftige, nachhaltige Gesellschaften werden mit einer wesentlich bescheideneren Ressourcenbasis auskommen. Motorisierter „Massen“individualverkehr, die Selbstverständlichkeit von Fernflügen etc. werden dann nichtmehr möglich sein. Mit erneuerbaren Energien kann man weniger Hochöfen befeuern, weniger Zement herstellen, weniger Aluminium produzieren...
5. Ein wesentlicher Unterschied zwischen einem marxistischen Sozialismusverständnis und dem der „Initiative Ökosozialismus ist: Während Marx und Engels die historische Rolle des Kapitals in der möglichst hohen Entfaltung der Produktivkräfte sahen, auf deren Grundlage erst der Aufbau einer sozialistischen (bzw. kommunistischen) Gesellschaft möglich ist, sagt die Initiative Ökosozialismus: Umgekehrt wird ein Schuh draus: *Eine sozialistische (solidarische, egalitäre) Gesellschaft ist unabhängig von einem bestimmten Grad der Produktivkraftentwicklung, ja, letztere kann dafür sogar hinderlich sein.*
6. Die Wirtschaft wird in Zukunft nicht nur nicht mehr wachsen, sondern zwangsläufig schrumpfen! Politisch stehen wir vor der

Ökосоzialismus oder Barbarei

Thesen

1. Die Geschichte des Kapitalismus war immer schon die Geschichte seiner Krisen. Es liegt in seiner selbstwidersprüchlichen Natur, dass er aus sich heraus Krisen gebiert und seine eigenen Verwertungsbedingungen untergräbt. Der Kapitalismus hat sich bislang immer als flexibel genug erwiesen, dass diese Krisen - ungeachtet des hohen Preises, den Mensch und Natur zu zahlen hatten - nicht in seinen Untergang führten. Nun aber *steht der Kapitalismus weltweit zum ersten Mal vor einer unüberwindlichen Schranke, die ihm „von außen“ gesetzt, geologisch-physikalischer Natur und deshalb endgültig ist: Vor den Grenzen des Wachstums durch Erschöpfung der nicht erneuerbaren Ressourcen und durch die Erschöpfung der ökologischen Tragfähigkeit der Erde. Aus dieser „Zangengriffskrise“ kann er nicht enttrinnen.*
2. Die letzte Ursache der aktuellen Finanz- Schulden- und Wirtschaftskrise ist eben dieses ans Ende gekommene Wachstum. Das Finanzsystem insgesamt ruht auf der Grundlage von steter Wachstumserwartung auf. Sobald sichtbar wird, dass diese Wachstumserwartung nicht mehr erfüllt werden kann, gerät es notgedrungen ins Wanken. Die herkömmlichen Krisentheorien (marxistischer, schumpeterianischer oder keynesianistischer Provenienz) reichen zur Erklärung nicht mehr aus, auch ihre Rezepte greifen nichtmehr. Wer zum Beispiel als Alternative zur herrschenden Austeritätspolitik die gegenwärtige Verschuldungskrise durch keynesianistische Konjunkturbelebung bewältigen will, der übersieht die *objektiven Grenzen des Wachstums*, der übersieht, dass es keine brachliegenden Wachstumspotentiale mehr gibt, die mobilisiert werden könnten.
3. Vor allem mit dem Schlagwort „Green New Deal“ wird heute die Ideologie verbreitet, das kapitalistische Wachstum könne mit anderen technischen Mitteln weitergeführt werden wie bisher. Es wird suggeriert, es gäbe eine „Entkoppelung“ von Wirtschaftswachstum und Ressourcen- bzw. Energieverbrauch in genügend hohem Maße durch den Einsatz erneuerbarer Energien und Effi-

arbeiten. Sie stabilisiert sozial ungleiche Gesellschaften insofern und so lange, als der Reichtum der oberen Klassen den Subalternen als ein zumindest in Ansätzen einlösbares Glücksversprechen erscheint.

Ausgrenzung und autoritäre Stabilisierung

Eben letzteres ist jedoch in jüngerer Zeit zunehmend fragwürdig geworden. Drei Jahrzehnte neoliberaler Politik haben die Polarisierung von arm und reich im innergesellschaftlichen wie im internationalen Maßstab verschärft. Dass es sich dabei um eine alternativlose Befreiung des Kapitalismus von seinen sozialen Fesseln handelt, die langfristig allen zugute kommt, wird von eingefleischten Neoliberalen zwar nach wie vor behauptet. Nur glaubt ihnen das keiner mehr.

Viele Menschen des globalen Südens sind nicht länger bereit, nur die Kosten der Lebensweise des globalen Nordens zu tragen. Sie nehmen große Gefahren auf sich, um der Perspektivlosigkeit bzw. noch größeren Gefahren zu entkommen und ihre Vorstellungen von einem guten Leben zu verwirklichen. Obwohl nur ein kleiner Teil von ihnen tatsächlich die Grenzen zum globalen Norden erreicht, konzentrieren die hiesigen Regierenden alle ihre Bemühungen darauf, sie am Überschreiten derselben zu hindern - und stärken damit genau das, was sie als ihren Widerpart begreifen: autoritäre, rassistische und nationalistische Bestrebungen. Das die Rechten derzeit überall erstarken, liegt auch daran, dass sie sich in der Krise als die eigentlichen, weil konsequenteren Garanten jener Exklusivität inszenieren können, die im Normalbetrieb der imperialen Lebensweise immer schon angelegt ist.

Den Aufstieg der Rechten aufzuhalten und mit den Geflüchteten solidarisch zu sein, beinhaltet deshalb auch, die imperiale Lebensweise zu kritisieren und zugunsten solidarischer Formen des Zusammenlebens zurückzudrängen. Es geht darum, die sozial-ökologischen Zerstörungen, die die vorherrschenden und als attraktiv empfundenen Formen der Ernährung, der Kommunikation, der Mobilität oder des Sich-Kleidens verursachen, sichtbar zu machen und zu bekämpfen, anstatt sich gegenüber denjenigen abzuschotten, die diesen Zerstörungen zu entkommen versuchen.



Flor und Gilberto Sosa

Gilberto Sosa, San Salvador, 26. September 2019

Eine e-mail zum Tod von Padre Gerardo

Liebe Birgit (Wingenroth),

...ich grüße Dich ganz herzlich. Mit Freude und Dankbarkeit erinnern wir uns an die besonderen Begegnungen und Momente, die wir vor einem Jahr mit Euch - den Solidaritätsgruppen - teilen konnten. Wir erinnern auch an den 28. August dieses Jahres. Wir trafen uns am späten Abend diesen Tages im „hospital de diagnóstico“: Flor, Miguel, Lidia, weitere Leh-

rerinnen, auch der junge Dienst habende Krankenpfleger, der Padre Gerardo betreute. Als wir die traurige Nachricht erhielten, dass Padre Gerardo im Sterben liegt, eilten der Krankenpfleger, Lidia und Flor sofort zu dem Krankenzimmer, in dem Padre Gerardo untergebracht war. Nach ca. 15 Minuten kehrten sie mit traurigen Gesichtern zum Wartezimmer zurück.

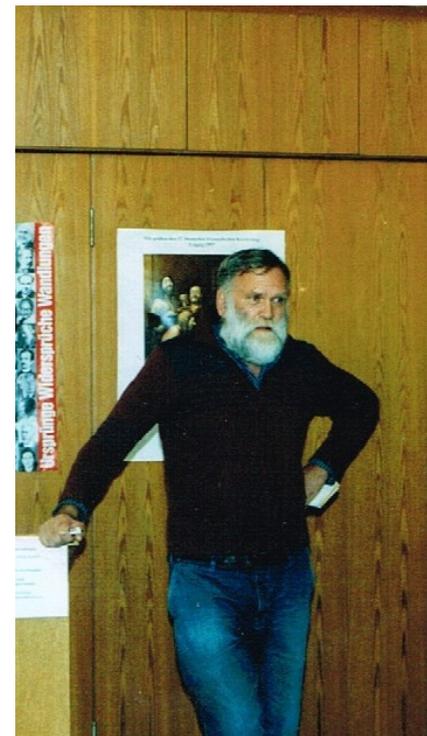
Wir wissen, ... dass Padre Gerardo sich jetzt in einem besseren Leben befindet. Ich danke dem Leben, das mir so viel geschenkt hat. Ich hatte das Glück, dass ich ihn kennenlernen konnte. Ich denke: Er hat uns Salvadorianern ein großes Beispiel hinterlassen, indem er sich besonders für die Würde derer einsetzte, denen die Gesellschaft ihr Recht auf Leben vorenthält. Bei der Totenwache und dem Requiem am Sarg, das seine dominikanischen Mitbrüder für ihn feierten, konnte man viel Zärtlichkeit und Zuwendung sehen und durch die Anwesenheit von sehr vielen Menschen aus den verschiedenen Gemeinschaften spüren.

Ich möchte aber noch eine Sache erwähnen. Es befremdet mich, dass keines der Medien - weder Zeitungen noch Fernsehen - das Erbe von Padre Gerardo gewürdigt hat, seinen unermüdlichen Kampf um eine gerechte Gesellschaft in diesem Land. Nicht einmal der Diario Co Latino, den Padre Gerardo regelmäßig las - wie Flor mir sagte - und für den er Beiträge geschrieben hat. Man sieht, dass das Interesse die-

ser Medien sich nicht mit dem Interesse des Volkes deckt. So wurden die Totenwache, das Requiem, die Beerdigung und die Novene, die Gebete an neun aufeinander folgenden Tagen, begleitet und getragen von Menschen, mit denen er gearbeitet hat und die er so sehr liebte. Es waren Mitglieder der katholischen Kirche, die Gemeinschaft der Krypta der Kathedrale und seine Leute, die ihn bis zum letzten Augenblick seines Abschieds begleiteten.

Ich möchte diesen kurzen Brief beenden mit einem Zitat von San Oscar A. Romero, ausgesprochen in sehr schwierigen Zeiten: „Jeder, der hierher kommt, um für Gerechtigkeit und die Verteidigung der Menschenrechte der Ärmsten zu arbeiten und den der Tod überrascht, wird niemals außerhalb der Gnade und Ehre Gottes sein.“

(Aus dem Spanischen übersetzt von Godehard Baeck und Birgit Wingenroth)



Jerry bei einem CFS-Intensivseminar in Bad Hersfeld